vinetur

Hessen will sich geplanten Steuererhöhungen auf Sekt, Zucker und Tabak widersetzen.

Der Widerstand könnte Berlins Bemühungen erschweren, eine Senkung der Kraftstoffsteuer um 2,5 Milliarden Euro mit höheren Verbraucherabgaben zu verknüpfen.

Donnerstag, 24. September 2026



Im Bundesrat wächst der Widerstand gegen die geplanten Steuererhöhungen der Bundesregierung. Hessen kündigte am Donnerstag an, höhere Abgaben ablehnen zu wollen, die Produkte wie Sekt, Zucker und Tabak betreffen würden.

Der Streit kommt zu einem Zeitpunkt, an dem die konservativ-sozialdemokratische Koalition versucht, Verbraucherentlastungen in einem Bereich mit neuen Einnahmen in einem anderen zu verbinden. Die unmittelbare politische Spannung dreht sich um Timing und Botschaft: Die Landesregierungen sollen helfen, eine Senkung der Kraftstoffsteuer zu finanzieren, die Autofahrer entlasten soll, während Berlin zugleich höhere Steuern auf ausgewählte Konsumgüter vorbereitet.

„In der aktuellen Situation sollte jede Art von Steuererhöhung abgelehnt werden, ob auf Sekt, Zucker oder Tabak“, sagte Manfred Pentz, Hessens Minister für Bundesangelegenheiten und Mitglied der Christlich Demokratischen Union, in Berlin, wie Reuters berichtete. Er argumentierte, die Regierung könne den Verbrauchern an den Tankstellen nicht die Kosten senken und ihnen dann im Supermarkt das Geld wieder abnehmen.

Pentz sagte, Hessen werde diese Position im Bundesrat deutlich machen, falls entsprechende Vorschläge vorgelegt würden, die Verbraucher belasten. Seine Äußerungen deuten auf eine breitere Unruhe unter den Landesregierungen über die Steuerpläne der Koalition hin, auch wenn nicht alle Maßnahmen denselben gesetzgeberischen Hürden unterliegen.

Ein Teil des Hintergrunds ist eine vorübergehende Senkung der Energiesteuer, die niedrigere Kraftstoffpreise bringen soll. Die deutschen Länder sollen diese Maßnahme am Freitag billigen und die Hälfte der Kosten tragen; sie belaufen sich über drei Monate auf 2,5 Milliarden Euro. Gleichzeitig plant die Bundesregierung Erhöhungen der Tabak- und Zuckersteuer, um Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung zu finanzieren.

Die Debatte über Sekt hat besondere Aufmerksamkeit erregt, weil die weinproduzierenden Länder eine Rolle spielen und die Maßnahme einen schmaleren Weg durch das Parlament hat. Reuters zufolge kann der Bundesrat die für Freitag geplante Erhöhung der Sektsteuer nicht blockieren, weil die Maßnahme nach

deutschem Recht als Einspruchsgesetz eingestuft ist. Das bedeutet, dass die Länderkammer sie verzögern kann, sie aber nicht allein endgültig stoppen kann.

Hessen stimmt sich mit anderen Weinländern ab, darunter Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz, die sich gegen die Erhöhung stellen und gemeinsam im Interesse ihrer Winzer handeln. Diese Länder beheimaten große Teile der deutschen Weinbranche, und die Landesregierungen haben ein direktes politisches Interesse daran, Produzenten vor höheren Kosten zu schützen, die den Absatz schwächen oder den Druck auf ohnehin knappe Margen erhöhen könnten.

Das hat über die Politik hinaus Bedeutung. Eine Steuererhöhung auf Sekt kann sich auf Einzelhandelspreise, Werbebudgets und Produzentenmargen auswirken, vor allem für Weingüter und Getränkeunternehmen, die in preissensiblen Segmenten verkaufen. Sollte die Maßnahme kommen, könnte sie beeinflussen, wie deutscher Sekt im Vergleich zu anderen alkoholischen Getränken und importierten Alternativen bepreist wird. Selbst wenn der Bundesrat den Plan nur verzögert, könnte die Unsicherheit die Planung für Weinproduzenten, Großhändler und Einzelhändler mit Blick auf kommende Verkaufszeiträume erschweren.

Der aufkommende Widerstand zeigt auch, wie fragil Unterstützung werden kann, wenn Steuerpolitik alltägliche Einkäufe betrifft. Pentz’ Argument verknüpfte das Thema direkt mit den Haushaltsbudgets, nicht nur mit der Weinbranche. Seine Kritik stellte Sekt, Zucker und Tabak in denselben politischen Rahmen: Produkte, die stärker besteuert werden könnten, während die Regierung zugleich zeigen will, dass sie an anderer Stelle die Kostenlast senkt.

Für die Bundesregierung ist die Begründung für höhere Tabak- und Zuckersteuern mit der Finanzierung der Gesundheitspolitik verknüpft. Berlin will zusätzliche Mittel für Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung, und gezielte Verbrauchsteuern bieten eine politisch vertraute Möglichkeit, Einnahmen zu erzielen. Doch die Länderchefs signalisieren, dass die Bundesregierung selbst dort, wo sie rechtlich die Oberhand hat, weiterhin auf Widerstand wegen der wirtschaftlichen und politischen Folgen stoßen könnte.

Bundestag und Bundesrat teilen die Macht je nach Art der Gesetzgebung oft unterschiedlich auf. In diesem Fall ist dieser Unterschied entscheidend. Weil die Sektsteuer-Maßnahme in die Kategorie fällt, die nur einen Einspruch zulässt, sind die Spielräume der Länder begrenzt. Verzögerung kann dennoch ins Gewicht fallen. Sie kann die Debatte verlängern, die politischen Kosten für die Regierung erhöhen und betroffenen Branchen mehr Zeit geben, gegen die Erhöhung zu lobbyieren.

Der Konflikt legt auch Spannungen innerhalb des breiteren fiskalischen Kurses offen, den Berlin verfolgt. Auf der einen Seite unterstützt die Koalition eine Steuersenkung auf Kraftstoff und bittet die Länder, einen Teil der Kosten zu tragen. Auf der anderen sucht sie nach neuen Einnahmen über höhere Steuern auf Produkte, die sich leicht ins Visier nehmen lassen und sich aus gesundheitspolitischer Sicht politisch gut begründen lassen. Landesvertreter wie Pentz stellen infrage, ob sich diese beiden Botschaften den Wählern gemeinsam verkaufen lassen.

Reuters berichtete, dass Hessen die Führung bei der Organisation des Widerstands unter den Weinländern übernimmt. Diese Koordinierung deutet darauf hin, dass sich der Widerstand nicht auf eine einzelne regionale Beschwerde beschränkt, sondern zu einer gemeinsamen Aktion von Ländern wird, die ein direktes Interesse an der deutschen Wein- und Sektproduktion haben.

Die Bundesratssitzung am Freitag dürfte zeigen, wie weit dieser Widerstand gehen kann. Bei der Kraftstoffsteuersenkung sollen die Länder über eine Maßnahme entscheiden, die eine Last von 2,5 Milliarden Euro über drei Monate verteilt. Bei der Sektsteuer verfügen die Gegner möglicherweise weder über die Stimmen noch über die rechtlichen Mittel, um den Plan vollständig zu blockieren, doch sie können die Länderkammer dennoch nutzen, um gegen eine Politik zu argumentieren, die ihrer Ansicht nach die Kosten für Verbraucher erhöht und einen empfindlichen Teil der deutschen Getränkeindustrie trifft.